

**Vernehmlassung betreffend Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel (UZBG)  
Bemerkungen der Liberal-demokratischen Partei Basel-Stadt**

Basel, 22. Juni 2013

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr

Die Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt gestattet sich, wie folgt zum vorgeschlagenen Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel (UZBG) Stellung zu nehmen, für die Fristerstreckung um zwei Tage bedanken wir uns.

**Allgemein**

Die LDP hat sich stets für eine Stärkung der Universität Basel mit allen ihren Fakultäten eingesetzt. Daher ist uns auch der Erhalt der Ausbildung von Zahnärztinnen und Zahnärzten am Institut für Zahnmedizin der Medizinischen Fakultät der Universität Basel ein wichtiges Anliegen. Entsprechend begrüsst die LDP die Zusammenlegung der bestehenden universitären und der sozialen Behandlungs- und der zahnmedizinischen Forschungstätigkeit in enger Zusammenarbeit mit der Humanmedizin der Universität und den Spitälern.

Dass das universitäre Departement Zahnmedizin zusammen mit der Volkszahnklinik und der Kinderzahnklinik als Fachbereich Oral Health neu und zukunftsweisend ausgerichtet werden soll, um sich an innovativen Forschungsfeldern sowie an nationalen und internationalen Schwerpunkten orientieren zu können, stärkt nicht nur die medizinische Forschung, sondern kann einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Standortes Basel für die Life-Science-Industrie und die Medizinaltechnik leisten. Die höhere Anzahl der zu behandelnden Patientinnen und Patienten ist für die Forschung von grösster Bedeutung. Diese Forschung muss künftig gestärkt werden, um nicht national marginalisiert zu werden. Auch die Unternehmen der Region im Bereich der Materialtechnik, z.B. mit Schwerpunkt Implantate sind aus Sicht der LDP sehr wichtig. Auch deshalb ist eine starke Institution der Zahnmedizin dringend erforderlich.

Eine Stärkung der Zahnmedizin ist ebenso dringend vorzunehmen, wie der Ausbau

des Clinical Research Centers und des Instituts für Sport und Sportwissenschaften der Medizinischen Fakultät. Dieser Blick „über den Tellerrand“ ist deshalb nötig, weil der Bund bekanntlich seit einiger Zeit über mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Gestaltung der kantonal getragenen Universitäten verfügt und weniger bedeutende Fakultäten oder Einheiten marginalisieren könnte. Dem Erhalt der Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Zahnmedizinischen Zentren ist grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Wir fordern deshalb eine enge Zusammenarbeit zwischen Gesundheits- und Erziehungsdepartement und der Universität Basel.

Die Zielrichtung auf Oral Health mit den funktionellen Bereichen wie Pediatric Oral Health, Geriatric Oral Health, Orofacial Surgery and Pain, Restorative and Regenerative Dentistry und Infection Control bildet dazu eine ausgezeichnete Fokussierung, ohne dass deswegen die Behandlung von Patienten der Region vernachlässigt wird; dies als Ergänzung zur nach wie vor notwendigen Tätigkeit der Privatzahnärzte. Der Zahnärztesgesellschaft SSO bietet das universitäre Zentrum durch die fächerübergreifende Zahnmedizin eine hervorragende Möglichkeit zur obligatorischen und freiwilligen Weiterbildung.

Die für das Zentrum vorgesehene Organisationsform muss möglichst flexibel gestaltet werden. Wenn wir in Basel ein prestigeträchtiges Zahnzentrum mit internationaler Ausstrahlung wollen, muss sich dieses schnell und unbürokratisch an veränderte Verhältnisse auf der Bildungsebene aber auch auf dem Markt anpassen können. Vorschriften bezüglich Strukturen wie etwa Grösse der Fach- und Forschungsbereiche oder der Anzahl Professoren und Mitarbeiter, aber auch solche bezüglich Leitung, Lohnstrukturen etc. sind auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. *Hier geht der Vorschlag der Regierung viel zu weit.* Insbesondere zu Beginn weiss man noch nicht, wie sich das Ganze entwickeln wird. Es muss Aufgabe des Verwaltungsrates und der Direktion sein, in Absprache mit der Universität, dem Universitätsspital und dem Regierungsrat, das Zentrum zum Erfolg zu führen.

Da diese Institution das zahnmedizinische Zentrum der ganzen Region Basel sein wird, muss unbedingt eine gemeinsame Trägerschaft mit Basel-Landschaft analog zum UKBB geschaffen werden. Gerade im Hinblick auf die Kantonsfusion ist bei langfristigen Projekten unbedingt gemeinsam zu planen. Selbst wenn das in den letzten Jahren im Gesundheitswesen nicht immer ganz einfach war. Die neue Anstalt muss entsprechend Universitäres Zentrum für Zahnmedizin beider Basel (UZBB) heissen.

Der Zusammenschluss der drei Institutionen hat nur Vorteile. Die Ergebnisse der Forschung kommen der gesamten Patientenschaft zu Gute. Auch das hohe Ausbildungsniveau für privat praktizierende Zahnärztinnen und Zahnärzte wirkt sich positiv auf die Versorgung der Bevölkerung der ganzen Region aus. Die Kommunikation muss dies entsprechend hervorheben. Nachteile gibt es aus der Sicht der LDP keine. Deshalb ist dieses Vorhaben rasch und entschieden umzusetzen.

## Zu einzelnen Paragraphen

### ***Name, Rechtsnatur und Sitz***

#### **Zu § 1.**

Der §1 ist aufgrund der gemeinsamen Trägerschaft analog demjenigen des UKBB-Staatsvertrages zu formulieren:

*Unter dem Namen Universitäres Zentrum für Zahnmedizin beider Basel (UZBB) besteht eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit mit Sitz in Basel.*

**Neu** ist ein § betr. Trägerschaft einzufügen:

*Trägerkantone sind die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.  
Es können sich weitere Kantone an der Trägerschaft des UZBB beteiligen.*

**Alternative:** sollte es bis zur Inkraftsetzung des Gesetzes nicht möglich sein, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Kanton Basel-Landschaft zu treffen, ist (wahrscheinlich) im §1 anzufügen:

*Eine erweiterte Trägerschaft, insbesondere mit dem Kanton Basel-Landschaft ist anzustreben.*

#### **Zu den §§ 5, 9, 10, 11, 13, 14, 22, 23, 26, 27**

Diese §§ sind analog der Regelungen beim UKBB anzupassen.

Insbesondere bei den §§ 14 und 23 ist „Kanton“ durch „Kantone“ zu ersetzen.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt  
Patricia von Falkenstein, Präsidentin